

dass der richtige Zeitpunkt für ein solches Vorhaben noch nicht gekommen sei. Auch für einen Gegenbesuch in Tai bei auf eine Einladung Mas hin, machte Tung keine feste Zusage.

Nach einem Gespräch mit Selina Chow Shuk-ye, der Vorsitzenden der Hongkong Tourist Association, sagte Ma Ying-jeou, es sollte erwogen werden, die Visumpflicht für Bürger Hongkongs für Reisen nach Taiwan aufzuheben. Ein Wegfall des langwierigen Verfahrens zur Visumsausstellung könne den Tourismus zwischen Hongkong und Taiwan wesentlich fördern.

Insgesamt hieß es, Ma sei während seines Besuchs in Hongkong allseits warm und freundlich empfangen worden. Auch in der Beijing positiv gesinnten Presse der ehemaligen Kronkolonie wurde über den Aufenthalt des Tai-beier Bürgermeisters ausführlich und positiv berichtet. (SCMP, 3.2., 8.2., 12.2., 13.2., 14.2., 15.2., 16.2.01; XNA, 14.2.01) -kg-

41 Unterrichtssprache an Schulen

Die Hongkonger Regierung verfolgt weiterhin ihre Politik, in den Schulen das Gewicht auf muttersprachigen Unterricht zu legen. Für die Mehrzahl der Hongkonger ist Kantonesisch Muttersprache, während Putonghua (Hochchinesisch) und Englisch ihre Zweitsprachen sind. Im Jahre 1998 mussten 223 Sekundarschulen zu chinesischsprachigem Unterricht übergehen, nur 114 Sekundarschulen mit gutem Englischstandard durften weiterhin auf Englisch unterrichten. Englischsprachige Schulen standen und stehen im Ruf, besser zu sein, was jedoch vielfach nicht der Fall war, weil die Englischkompetenz der Lehrer und Schüler zu wünschen übrig ließ. Inzwischen hat sich die Politik der Regierung weitgehend bestätigt; es wird allgemein anerkannt, dass muttersprachiger Unterricht für die Entwicklung der Schüler, d.h. vor allem das Begreifen des Lehrstoffes und das selbstständige Denken, besser ist als wenn sprachliche Schwierigkeiten hinzukämen.

Um jedoch die Englischkenntnisse der Sekundarschüler an chinesischsprachigen Schulen zu verbessern, soll ab Herbst ein neues Programm eingeführt werden, das den chinesischsprachigen

Schulen erlaubt, im Unterricht mehr Englisch zu sprechen. Im Rahmen dieses Programms können interdisziplinäre Themen und bestimmte Fächer wie Computer, integrierte Naturwissenschaft und Sozialkunde in der zweiten und dritten Mittelschulklasse auf Englisch unterrichtet werden. Der Vorteil ist, dass die Kinder den Stoff schon einmal auf Chinesisch gelernt haben, sodass sie sich mehr aufs Englische konzentrieren können. Voraussetzung soll sein, dass der normale Unterricht nicht beeinträchtigt wird. Die meisten Schulen begrüßen das Programm, weil es den Schulen größere Flexibilität erlaubt. Die Professional Teachers' Union lehnt das Programm allerdings ab, weil es die Politik bezüglich der Unterrichtssprache durcheinander bringe und einen Rückschritt zu alten Unterrichtsmethoden bedeute. (SCMP, 8. u. 13.2.01)

Um den Fremdsprachen-Unterricht an den Sekundarschulen zu verbessern, hatte die Hongkonger Regierung letztes Jahr verfügt, dass sich die Englisch- und Putonghua-Lehrer einer Sprachprüfung unterziehen, um ihre Sprachkompetenz nachzuweisen und sie entsprechend ihrem Standard einzustufen. Der Widerstand gegen die Prüfungen, der sich bereits im vergangenen Herbst abzeichnete (vgl. C.a., 2000/10, Ü 36), hat sich nicht gelegt. Anfang Februar lief die Anmeldefrist für die freiwillige Sprachprüfung ab, und wie sich herausstellte, haben sich nur etwa zwei Prozent aller Englischlehrer für die Prüfung angemeldet. Es war vor allem die Professional Teachers' Union, die die Lehrer aufrief, die Einstufungstests zu boykottieren. Mit dem Boykottaufruf wollte die Lehrgewerkschaft der Auffassung entgegenreten, die Lehrer seien Schuld an dem schlechten Englischstandard der jungen Leute in Hongkong. Die überwiegende Mehrzahl der Lehrer hat sich mit der Weigerung, die Prüfung abzulegen, für die von der Regierung geforderte Alternative entschieden, nämlich Fortbildungskurse zu besuchen. Dies ist umso erstaunlicher, als die Lehrer dafür weitaus mehr Zeit investieren müssen, als wenn sie eine Prüfung abgelegt hätten. (SCMP, 6.2.01) -st-

42 Zuwendungskürzungen für Universitäten beschlossen

Ende Februar hat der Finanzausschuss des Legco die vom University Grants Committee vorgeschlagenen Kürzungen für die Universitäten mit 29 gegen 22 Stimmen beschlossen. Damit erhalten die acht Hongkonger Universitäten für die Jahre 2001-04 1,9 Mrd. HKD weniger, das bedeutet eine vierprozentige Kürzung. Im Jahre 1998 war bereits eine zehnprozentige Kürzung vorgenommen worden. Für die Universitäten, von denen der stärkste Protest kam, werden die Kürzungen schwer zu verkraften sein. Zum einen wird befürchtet, dass die Qualität der Hochschulbildung sinken könnte, zum anderen wird es schwierig sein, die Hochschulreform anzugehen, in deren Rahmen u.a. eine Verlängerung des Grundstudiums von drei auf vier Jahre vorgesehen ist. (Vgl. SCMP, 22., 23., 24.2.01) -st-

SVR Macau

43 Wahlen zur Legislativversammlung im Sommer

Ende August oder Anfang September werden die ersten Wahlen nach Macaus Rückgabe an China abgehalten. Sie gelten den Sitzen der Legislativversammlung, deren Amtszeit am 15. Oktober dieses Jahres ausläuft. Die Versammlung wurde am 22. September 1996 neu zusammengesetzt. (S. dazu C.a., 1996/9, Ü 24) Sie ist eigentlich nur für vier Jahre gewählt, da ihre Struktur aber keinen Streitpunkt zwischen China und Portugal bildete, konnte die 23-köpfige Legislativversammlung im Gegensatz zu Hongkong nicht nur über den Zeitpunkt der Rückgabe Macaus hinaus, sondern sogar noch ein Jahr länger bis zum Jahr 2001 bestehen. Die neue Versammlung wird 27 statt 23 Mitglieder haben. Die Zahl der direkt und indirekt gewählten Gesetzgeber steigt von acht auf zehn. Die Zahl der vom Regierungschef (früher vom Gouverneur) ernannten Mitglieder bleibt bei sieben. Im Gegensatz zu Hongkong gibt es in Macau keine politischen Parteien. Ihnen nahe kommen am ehesten zivile Vereini-

gungen, die zwischen den Wahlen entweder wieder dahinschlummern oder kurz vor dem Wahlkampf ad hoc gebildet werden. Zwölf dieser Interessengruppen (offiziell „Listen“ genannt, es gibt keine individuellen Kandidaten) stellten sich 1996 mit 62 Kandidaten für die acht Sitze zur Wahl. Sechs der zwölf Gruppen gewannen Sitze: die „Macau Economic Promotion Association“ und das Nachbarschaftskomitee bekamen jeweils zwei Sitze, und die Arbeitergruppe, die „Macau Prosperity League“, die „Macau Construction League“ und die „Democratic New Macau“ jeweils einen. Vier der direkt gewählten Abgeordneten zählen zum Unternehmerlager, drei sind prochinesischen Gruppen zuzurechnen und der Abgeordnete Ng Kuok-cheong ist ein Demokratieaktivist. Damals waren 116.000 Wähler registriert; von ihnen gingen ca. 75.000 zur Urne, was einer Wahlbeteiligung von 64% entsprach. Bei den indirekten Wahlen gab es 1996 nur 1.148 Wähler; sie repräsentierten 233 Vereinigungen. Etwa die Hälfte der 23 Abgeordneten sind Geschäftsleute, vier Rechtsanwälte und drei Gewerkschaftler. Frauen machen 22% aus. Kritiker behaupten, die gegenwärtige Versammlung repräsentiere nicht die breitgefächerte soziale Zusammensetzung der Bevölkerung. Eine Gruppe ist zu Recht im Hinblick auf die Wahrung der kulturellen Einzigartigkeit Macaus überrepräsentiert: die etwa 10.000 Macanesen, die nicht einmal 2% der Bevölkerung ausmachen. Fünf Gesetzgeber sind gemischt chinesisch-portugiesischen Ursprungs oder haben eine enge Affinität zur portugiesischen Kultur. Zu ihnen zählt der berühmte Anwalt Leonel Alves. Mit der Registrierung der Wähler wurde letzten Monat begonnen. Die Zahl der Wahlberechtigten wird auf 300.000 geschätzt. (SCMP, 17.2.01) -ljk-

44 Noch kein EU-Repräsentant in Macau

Das Europäische Parlament erörterte am 14. Februar einen Bericht über die Beziehungen zwischen der EU und Macau von Mário Soares, Stellvertreter im Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit; in dem 20-seitigen Bericht über die Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische

Parlament: „Die Europäische Union und Macau: Die Beziehungen nach dem Jahr 2000“ (www.europa.eu/int, Sitzungsdokument A5-0017/2001) empfiehlt der ehemalige portugiesische Staatspräsident dringend die Benennung eines Verbindungsbeamten für Macau. Etwa ein Viertel der Bevölkerung Macaus (438.000) haben portugiesische Pässe und sind somit EU-Bürger. Die portugiesische Tageszeitung *Diario de Noticias* fürchtet, dass Portugals frühere Kolonie von der EU isoliert bleibt, weil die Ankunft eines EU-Vertreters noch auf sich warten lässt. Die Zeitung erfuhr am Tag der Debatte, dass der 60-jährige Dieter H. Diehr, der vor einem Jahr für diesen Posten ausgesucht wurde, ernsthaft krank ist. Er hat bereits nach seiner Entbindung von diesem Amt verlangt.

Die dauerhafte Präsenz eines Europavertreters in Macau soll die Kooperation vor Ort zwischen den dortigen Behörden und den Repräsentanten der 15 Mitgliedstaaten erleichtern. Zur Entwicklung dieser Zusammenarbeit hat man bisher auf die Treffen des Gemischten Ausschusses EU-Macau zurückgegriffen. Diese Kooperation hätte eigentlich auch der europäische Delegierte fördern können, der seit einigen Jahren in Hongkong Posten bezogen hat, doch die Behörden in Macau sind der Ansicht, dass dieser EU-Vertreter wenig Interesse an ihrem Territorium gezeigt hat. Manche bringen dieses Desinteresse mit dem Einfluss, den Großbritannien in den Gremien der EU hat, in Zusammenhang, nicht zuletzt, da der frühere Gouverneur von Hongkong, Chris Patten, EU-Kommissar für Außenbeziehungen ist. Ein portugiesisches Mitglied des Europaparlaments hat bereits beim Parlament eine öffentliche Beschwerde gegen den EU-Vertreter in Hongkong erhoben, weil dieser sich geweigert habe, am Besuch von Parlamentariern in Macau teilzunehmen. (*Diario de Noticias* website, Lissabon, 15.2.01, in BBC PF, 16.2.01) -ljk-

45 Verstärkte Kooperation mit Guangdong, Probleme mit Hongkong

Bei einem Arbeitsbesuch des Gouverneurs der Provinz Guangdong Lu Ruihua in Macau vom 5. bis 7. Febru-

ar wurde die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Guangdong und Macau beschworen; vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Macau und der Nachbarstadt Zhuhai sollen ausgebaut werden. Lu Ruihua gelobte, Macaus Pläne für die Inangriffnahme mehrerer Joint-Venture-Entwicklungsprojekte zu unterstützen, einschließlich eines exportorientierten Fabrikationszentrums beim Hafen Gaolan und einer Touristenanlage samt Golfplatz auf der Insel Hengqin. Der Gouverneur versprach auch, sich bei der Zentralregierung in Beijing für die Verlängerung der Öffnungszeiten für die Frachtinspektion beim Zoll von Zhuhai einzusetzen, wovon die Transportgesellschaften profitieren würden, die Ware zwischen dem Internationalen Flughafen Macaus und Kunden im Perlfussdelta befördern. Beijing hat kürzlich auch eingewilligt, an Macau für eine nominelle Gebühr eine Parzelle zum Bau eines neuen Kontrollpunkts an der Grenze zu Zhuhai zu verpachten.

Ein Mitglied der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (PKCV) aus Macau, Tina Ho Teng Iat, Geschäftsführerin von Ho Tin Industrial Co. Ltd, machte auf der 4. Tagung des IX. Nationalen Komitees der PKCV am 11. März den Vorschlag, ein Organ zur Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen Macau, Hongkong, Zhuhai und Shenzhen einzurichten. Dadurch könnten die Kooperation und regionale wirtschaftliche Integration der vier Gebiete gefördert werden. Macau habe ein Geschäftsumfeld aufzuweisen, das dem Weltmarkt gleiche, ferner Gesetze und Verordnungen zu Außenwirtschaft und -handel, die der gewöhnlichen internationalen Praxis entsprächen. Die Nutzung der Vorteile Macaus in der Zusammenarbeit mit dem Ausland könne dem Festland helfen, seine Kontakte und Kooperation mit der Außenwelt zu erweitern. Und die Kooperation in Wirtschaft und Handel zwischen Macau und dem Festland sei der Erreichung des Ziels gemeinsamer Prosperität dienlich. Die Politik „Ein Land, zwei Systeme“ erleichtere auch die stärkere Zusammenarbeit in Bereichen wie Umweltschutz, Aufbau der Infrastruktur, Finanzdienste, Wissenschaft und Technologie zusätzlich zu Außenwirtschaft und -handel und Tourismus.

Dagegen lassen Macaus Beziehungen zu Hongkong zu wünschen übrig. Anson Chan galt in den Augen des chinesischen Establishments in Macau als „ultra-britisch“. Sie habe auf Macau herabgeschaut, deshalb habe sie nichts für die Förderung der bilateralen Beziehungen getan, selbst nach der Rückkehr Hongkongs und Macaus zu China nicht. Von der Ernennung ihres Nachfolgers Donald Tsang, dessen Frau in Macau geboren wurde und von dem man annimmt, dass er Macau wohlgesonnener ist, versprechen sich führende Kreise in Macau einen Antrieb für eine bessere Zusammenarbeit. So erhofften sich Beamte in Macau, dass das Prinzip der Gegenseitigkeit auch für Einwanderungsfragen gilt. Während nämlich Hongkonger nur mit ihren Personalausweisen nach Macau reisen können, benötigen Macaus Bewohner für Hongkong Reisedokumente.

Ein Streitpunkt zwischen Macau und Hongkong in jüngster Zeit ist eine Gesetzesvorlage zum Glücksspiel (Änderungsantrag), die in der Hongkonger Legislativversammlung diskutiert wird. Mit der *Gambling (Amendment) Bill 2000* soll das nicht autorisierte Wetten von Spielern in Hongkong und die Förderung oder Erleichterung nicht autorisierten Glücksspiels unter Strafe gestellt werden. Die *Deputy Secretary for Home Affairs* Betty Fung betonte auf einer Sitzung des Komitees für Gesetzesvorlagen der Hongkonger Legislativversammlung (*Legislative Council, LegCo*) am 7. Dezember 2000, dass „the purpose of the Bill was to combat activities of offshore bookmakers in Hong Kong and their receipt of bets placed from Hong Kong. The provisions of the Bill aimed to make it explicit that unauthorized bookmaking would be illegal even when the bet was solicited or received outside from Hong Kong.“ (LC Paper No. CB(2)810/00-01) Mitglieder des Komitees wiesen darauf hin, dass nach der Gesetzesänderung das Wetten bei nicht autorisierten Buchmachern illegal sei, ganz gleich, ob die Buchmacher in Hongkong oder außerhalb sind. Der entsprechende Paragraph würde auch auf einen Buchmacher angewandt, der in seinem eigenen Land ein zugelassener Glücksspielbetreiber ist. Ferner sieht die Gesetzesvorlage vor, das Senden von Vorhersagen, Hinweisen, Wettchancen oder Tipps bezüglich nicht au-

torisierter Pferde- oder Hunderennen via Fernsehen oder Radio in einem Zeitraum von zwölf Stunden vor dem Ereignis zu verbieten.

In Hongkong ist allein der Hong Kong Jockey Club autorisiert, Wetten auf die Pferderennen und die Mark Six Lotterie anzunehmen. Durch den Gesetzesentwurf würde die Annahme von Wetten in Hongkong durch Buchmacher vor der Küste, einschließlich des Macau Jockey Club (MJC), illegal gemacht. Dies sei ein Bruch des Hongkonger Grundgesetzes, so der Vorwurf des Klubs an die Gesetzgeber in Hongkong. Der MJC beschuldigte die Regierung, ihm gegenüber „diskriminierend“ und „ungerecht“ zu sein. „Der Macau Jockey Club ist 1989 gegründet worden, und die Hongkonger Regierung hat vor 1999 nie ein Wort über die Aufrechterhaltung der Integrität der Hongkonger Glücksspielpolitik verloren.“ „Der Versuch der Sonderverwaltungsregion, Gesetze zu erlassen, die es Hongkongern verbietet, Wetten außerhalb des Territoriums abzuschließen und den MJC mit einzubeziehen ... läuft darauf hinaus, die Hongkonger der Freiheit und des Rechts zu berauben, derer sie sich vor 1997 erfreuten, zu berauben. Es ist eine eklatante Verletzung des Geistes unter dem Grundgesetz.“ Würde der *LegCo* das *offshore betting* kriminalisieren und Hongkonger Wetter dürften nicht mehr von Hongkong aus Wetten in Macau platzieren, entstünden für den MJC erhebliche Verluste. Die Hälfte seiner Gesamteinnahmen von Pferderennen – etwa 3,5 Mrd. HK\$ im Jahr – stammt nämlich von Hongkonger Wetttern. Repräsentanten des MJC sagten auf einer Sitzung des Komitees für Gesetzesvorlagen des *LegCo*, dass die Jahreseinnahmen des Klubs nach Bekanntgabe der Hongkonger Vorschläge um 20 bis 30 Prozent gesunken seien. Ferner würde die Gesetzesänderung den Verlust von 2.000 Arbeitsplätzen in Macau bedeuten. Der MJC protestierte auch gegen das geplante Sendeverbot, von dem Asia Television (ATV) betroffen wäre, das die Rennen des MJC in Hongkong ausstrahlt. Als Vergeltungsmaßnahme könnte der Klub, so sein geschäftsführender Direktor Albert Ho, auf Gesetzesentwürfe drängen, die es den Bewohnern Macaus verbieten würde, Wetten auf Hongkonger Rennen abzugeben. „Um zu überleben, könnten

wir unsere Besorgnis bei der Regierung Macaus vorbringen und eine Gesetzgebung zum Schutz unserer Wetten verlangen.“ (SCMP, 10.1.01) Er schätzte, dass drei bis fünf Prozent der 300.000 Wetter in Macau regelmäßig bei Rennen in Hongkong wetten. Auf einem Seminar über den Gesetzesentwurf in Hongkong Anfang Februar ließ ein Repräsentant des MJC durchblicken, dass der MJC als letzten Schritt noch Beijing um Hilfe bitten könnte mit dem Argument, dass angesichts des Konzepts „Ein Land, zwei Systeme“ Macau nicht als „Übersee-Territorium“ anzusehen ist, wie dies einige Hongkonger Bürokraten bei der Wettdebatte getan haben. Vor dem Schritt warnte ein anderer Teilnehmer. Beijing sollte nur dann hineingezogen werden, wenn Macau nachweisen könne, dass eine Gesetzesänderung in Hongkong Macaus Eigenwirtschaftlichkeit tiefgreifend berühre. „Dies ist letzten Endes keine Angelegenheit der Wortwahl, ob Macau Übersee ist oder nicht. Für Beijing ist der springende Punkt, ob etwas Macaus Wirtschaft beeinträchtigt“, so Lau Siu-kai, Soziologieprofessor an der Chinese University. Teilnehmer des Seminars drängten die Regierung, den Gesetzesentwurf zu verschieben, bis eine öffentliche Beratung über die Hongkonger Glücksspielpolitik im Herbst abgeschlossen ist.

Kasinokönig Stanley Ho, Vorsitzender des MJC, mahnte zur Gelassenheit. Er sprach sich für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem MJC und seinen Hongkonger Pendant statt Vergeltungsmaßnahmen aus und nannte als Beispiel für die Kooperation im Glücksspielgeschäft Singapur und Malaysia. Verantwortliche des Hong Kong Jockey Club hätten angedeutet, dass sie eine Zusammenarbeit ins Auge fassten, aber nur, wenn die Regierung dem zustimme. Er werde die Entwicklung sorgfältig verfolgen und in einigen Wochen eine Entscheidung fällen, ob er die Regierung Macaus auffordert zu intervenieren. (XNA, 8.2., 12.3.01; SCMP, 4., 10., 11.1., 7., 10.2.01; Information Services Department, HKSAR Government of the PRC, website) -ljk-

46 Wirtschaftsnachrichten

Macao Außenhandelsüberschuss stieg nach neuesten Angaben des Statistikamts von Macau (Statistics and Census Services) im vergangenen Jahr stark an. Mit 2,3 Mrd. MPtc (287,5 Mio. US\$) war er 78,4% höher als 1999. Das Exportvolumen betrug 20,4 Mrd. MPtc (2,55 Mrd. US\$), das Importvolumen 18,1 Mrd. MPtc (2,26 Mrd. US\$), was einer Zunahme um 15,9% bzw. 11% im Vergleich zum Jahr davor entspricht. Hauptausfuhr Güter blieben Textilien und Kleidung; sie machten 82,5% aller Exportwaren aus. Die meisten Exporte gingen mit 48,3% in die USA und mit 28,4% in die EU. Exporte in die VR China und die SVR Hongkong erreichten 16,7%. Importe stammten meist aus dem asiatisch-pazifischen Raum; die VR China und die SVR Hongkong waren mit 56,2% die Hauptlieferländer. Waren aus den USA und der EU machten 14,1% aus. (XNA, 10.2.01)

Im Jahr 2000 wurden insgesamt 716 neue Firmen in der SVR Macau gegründet, eine Zunahme um 63,1% im Vergleich zu 1999. Neueste Zahlen des Statistikamts zeigen, dass dabei ein Kapitalvolumen von 217 Mio. MPtc (27 Mio. US\$) involviert ist. Im letzten Jahr wurden 111 Firmen mit einem Kapitalvolumen von 26,57 Mio. MPtc (3,3 Mio. US\$) geschlossen. (XNA, 17.2.01)

In Macau entsteht eine der größten Film- und TV-Produktionsstätten Asiens. Am 21. Februar fand die Eröffnungszereemonie für East Asia Satellite (EAST) TV City statt. EAST TV City wird von der eSun Holdings Limited, einer Medien- und Unterhaltungsgesellschaft, die chinesische Zuschauer in aller Welt als Zielgruppe hat, auf einer Fläche von 150.000 qm in Macau Cotai City gebaut. Die Kosten für die Anlage, die auf dem neuesten Stand der Technik ist und u.a. neun Studios umfasst, werden auf 300 Mio. HK\$ (ca. 40 Mio. US\$) veranschlagt. Mit dem Bau wird im 2. Quartal dieses Jahres begonnen. Wenn EAST TV City ihren Betrieb aufgenommen hat, werden jährlich 5.000 Stunden Programm produziert werden können. Touristen sollen mit Einblicken in die Studioarbeit, Restaurants und Geschäften angelockt werden. „EAST TV City stellt eine strategische Schlüsselinvestition in un-

serer Mission dar, der Haupthersteller und -verteiler von Markeninhalten chinesischer Sprache zu sein“, so ein Vorstandsmitglied der Gesellschaft. (XNA, 22.2.01) -ljk-

Taiwan

47 Glaubwürdigkeitsdebakel der Regierung: Baustopp für 4. AKW aufgehoben

Nach weiterem erfolglosem Taktieren knickte die Regierung Mitte Februar in einer Frage ein, an der ein wesentliches Stück ihrer politischen Identität hing: Sie gab ihre strikte Anti-Atomkraftpolitik auf und ordnete den Weiterbau des vierten Atomkraftwerks (AKW) an. Damit beugte sie sich der übermächtigen Opposition im Parlament, verspielte aber gleichzeitig ihre Glaubwürdigkeit bei ihren Wählern.

Seit vielen Jahren verfiucht die Demokratische Fortschrittspartei DPP eine entschiedene Anti-AKW-Position. Im Präsidentschaftswahlkampf des letzten Jahres mobilisierte Chen Shui-bian damit seine Anhängerschaft und versprach, das vierte AKW nicht zu Ende bauen zu lassen. Nach seinem überraschenden Wahlerfolg versuchte er einen gewagten politischen Spagat: Einerseits sollte seine als überparteilich gedachte Minderheitsregierung die Opposition einbinden, andererseits wollte er sein Wahlversprechen halten, obwohl die im Parlament, dem Legislativ-Yuan, tonangebende Nationale Volkspartei KMT den Bau des vierten AKW beschlossen hatte und weiterhin für notwendig hält. Anfang Oktober erklärte Ministerpräsident Tang Fei (KMT) unter anderem deswegen seinen Rücktritt, weil er die sich abzeichnende Entscheidung für einen Baustopp nicht mittragen wollte. Als sein Amtsnachfolger Chang Chun-hsiung (DPP) dann Ende Oktober die Einstellung der Bauarbeiten anordnete, löste er damit eine in Taiwan nie da gewesene Verfassungskrise aus, die die taiwanische Politik über Monate lähmte. Nach einem höchstrichterlichen Rechtsgutachten, das Verfahrensfehler rügte, forderte das Parlament Ende Januar explizit die sofortige Wie-

deraufnahme der Bauarbeiten. (Vgl. C.a., 2000/10, Ü 43, 2000/11, Ü 46 und 2001/1, Ü 49)

Der Parlamentsbeschluss kam der Regierung in einem Punkt überraschend entgegen: Er nennt als Fernziel zukünftiger Energiepolitik ein atomkraftfreies Taiwan. Damit war ein psychologisch wichtiges Signal für eine Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Regierung und Parlamentsopposition gesetzt. Tatsächlich wurde eine sehr weitgehende Annäherung der Standpunkte erzielt, die auf einen Weiterbau des AKW im Verein mit der Formulierung eines Energieentwicklungsgesetzes zur Klärung der langfristigen Perspektiven sowie auf einen Terminplan zur vorzeitigen Stilllegung der älteren drei Kernkraftwerke hinauslief, dann allerdings versuchte Premier Chang erneut, den geforderten Weiterbau auf unbestimmte Zeit zu verzögern, indem er die Beschlussfassung über das Energiegesetz zur Voraussetzung für den Weiterbau erklärte. Das Parlament blieb hart, schließlich knickte Chang ein und gab am 14. Februar bekannt, die Bauarbeiten sofort wieder aufnehmen zu lassen.

Damit ist das Patt zwischen Regierung und Opposition einstweilen beseitigt, aber die politische Malaise, die sich die Regierung in völliger Verkennerung der Machtverhältnisse selbst eingebrockt hat, keineswegs vorüber. Folgende Fragen bleiben offen:

1. Welche Unterstützung genießt die Regierung noch in der Bevölkerung? Führende Repräsentanten der DPP, allen voran der frühere Parteivorsitzende Lin Yi-hsiung (Lin Yixiong) zeigten sich schockiert über den Weiterbaubeschluss. Scharfe Kritik kam von Anti-AKW-Aktivistinnen aus der Bevölkerung sowie von den Anrainern des zukünftigen AKW. Der Glaubwürdigkeitsverlust, den sich die Regierung Chang sowie der sie unterstützende Präsident mit der Rücknahme des Baustopps in ihrer Anhängerschaft eingehandelt haben, ist immens, auch wenn Premier und Präsident das in der Parlamentsresolution enthaltene Fernziel des AKW-freien Taiwan als Erfolg ihrer Politik gewertet sehen möchten. Ob es mehr wert ist als das Papier, auf dem es steht, wird sich erst noch erweisen müssen.

2. Wie steht es mit Handlungs- und Kompromissfähigkeit von Premier